

Corona und Leviathan - Sperrklinkeneffekt von Krisen

Meinung «In den meisten Ländern der Welt, selbst in Liechtenstein, wächst der Staat seit 100 Jahren tendenziell deutlich stärker als die Wirtschaft. Dies ist etwa ablesbar an der Staatsquote (Staatsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) oder dem Ausmass an Steuern, Gesetzen und Regulierungen», schreibt Michael Wohlgemut. Was dahinter steckt.

Für das Phänomen des langfristigen Wachstums der Macht des Staates gibt es viele Erklärungen. Eine gerade jetzt wieder relevante ist die des amerikanischen Politökonom Robert Higgs. Er zeigt anhand historischer Daten, dass in Krisenzeiten die Macht des Staates, des «Leviathan», oft genug mit guten Gründen ausgeweitet wurde.

Nach Ende einer Krise (Krieg, Naturkatastrohe, Epidemie) wurden erhöhte Steuern, Ausgaben, Schulden, Regulierungen des Staates aber meist nicht mehr auf das Vor-Krisen-Niveau zurückgeführt, selbst wenn die ursprünglich meist guten Gründe für das angeblich vorübergehende Wachstum des Staates nicht mehr gegeben waren.

Es besteht somit eine Art «Sperrklinke»: Im «Ausnahmestand» gewinnt der Staat an Macht; nach dem Ausnahmestand bleibt aber das meiste davon erhalten - auf Kosten der Freiheit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Das lässt sich auch anhand des scheinbaren Musterlands der Ordnungspolitik - Deutschland - gut illustrieren.

Oft zitiert ist etwa diese Anekdote: 1902 hatte Kaiser Wilhelm II die Sektsteuer eingeführt, um die Kriegsflotte aufzurüsten. Die Deutschen zahlen sie noch heute. Oder: 1991 wurde, ursprünglich befristet auf ein Jahr, ein Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben, um die deutsche Einheit zu finanzieren. Erst dieses Jahr, 30 Jahre später, wurde diese Zusatzsteuer zumindest für kleine und mittlere persönliche Einkommen erlassen.

In der Zwischenkriegszeit lag die Staatsquote in Deutschland um die 15 Prozent; nach dem Zweiten Weltkrieg war sie um die 30 Prozent; dort blieb sie auch bis zum Ausbruch der Ölkrisen der 1970er-Jahre, wonach sie sich - bis heute - in einer Spanne zwischen 45 und 55 Prozent bewegt.

Nun zur Coronakrise: Letztes Jahr hat weltweit und auch in Deutschland zu einem enormen Anstieg der

Staatsausgaben geführt. Sehr vieles davon war (und bleibt vorerst) auch berechtigt: die Aufrüstung der medizinischen Infrastruktur, die Beschaffung von Impfstoff, aber auch etwa das Kurzarbeitergeld oder Zuschüsse für Unternehmen und Selbstständige, die aufgrund der Massnahmen zur Pandemiebekämpfung weniger oder gar nicht mehr tätig werden durften.

Gleichzeitig fand aber auch keine Priorisierung der Staatsausgaben statt. Alle schon vor der Pandemie geplanten zusätzlichen milliardenschweren «Wohltaten» etwa für Rentner oder Besitzer von Photovoltaikanlagen wurden zusätzlich auch beschlossen.

Eine Staatsaufgabenkritik wurde auch nicht für nötig erachtet, weil ja «genug Geld» vorhanden oder unter minimalsten Zinsen für zusätzliche Verschuldung aufzutreiben sei.

Entsprechend stiegen die deutschen Staatsschulden 2020 von 60 auf 70 Prozent des BIP - in nur einem Jahr!

Und obwohl für 2021 wieder ein recht solides Wachstum der Wirtschaft von etwa 3 Prozent sowie ein weitgehendes Ende der Pandemie erwartet wird: Der Staat und seine Schulden werden weiter wachsen.

Geplant waren für dieses Jahr bereits 180 Milliarden Euro Neuverschuldung; unlängst hat der Finanzminister (und SPD-Kanzlerkandidat) weitere 60 Milliarden Nachtragsverschuldung für 2021 recht elegant durch das Parlament gebracht.

Im Herbst finden Bundestagswahlen statt. Selbst für 2022 könne auch bei anhaltendem Wirtschaftswachstum die Schuldenbremse, die laut Verfassung einen ausgeglichenen Haushalt in normalen Zeiten vorsieht, nicht gehalten werden, sagt die Regierung. Schon heute sind 81 Milliarden zusätzliche Schulden für 2022 geplant.

Ein recht klarer Beleg der «Leviathan»-These.

Die EU hat wegen Corona

Prinzipien über Bord geworfen

Ähnlich sind auf Ebene der EU infolge der Krise Prinzipien über Bord geworfen worden, ohne dass erwartet werden kann, dass diese bei einer Rückkehr zu normalen Zeiten wieder gelten könnten. Wie schon einmal festgehalten (im «Volksblatt» vom 8. Oktober 2020), hat die EU ganze 750 Milliarden Euro zusätzlicher Ausgaben ausserhalb des normalen Budgets beschlossen. Die haben zwar nur sehr wenig mit der akuten Pandemiebekämpfung, aber viel mit dem Wachstum des EU-«Leviathan» zu tun.

Die «Krisen»-Milliarden sollen durch Darlehen mit einer Laufzeit

bis 2058 finanziert und von den Mitgliedstaaten (nach ihrem Anteil am BIP) garantiert und wenn möglich getilgt werden.

Wieweit sich das mit dem EU-Primärrecht verträgt, das recht deutlich vorschreibt, die EU selbst dürfe sich nur aus «Eigenmitteln» ohne eigene Schulden finanzieren, wird derzeit nur Juristen (aber auch das deutsche Verfassungsgericht) interessieren.

Politisch scheint der «power grab» jedenfalls auch auf EU-Ebene im Schatten der Krise recht ungehemmt zu laufen - und danach kaum mehr zurückzunehmen zu sein.

Dabei geht es nicht nur um Geld. Gerade wenn Geld knapp ist, greift der «Leviathan» zu Gesetzen und Regulierungen, die seine Macht vergrössern.

Vieles davon ist in der Krise berechtigt.

Die Frage ist nur: Wird die Freiheit der Bürger auch nach der Krise wieder zumindest auf Vor-Krisen-Niveau zurückgegeben?

Das ist auch eine Frage an die Bürger selbst.

In Deutschland fanden sich laut Meinungsumfragen in den letzten 12 Monaten fast durchweg mehr Bürger, die einen «härteren» Lockdown befürworteten. Das kann man interpretieren als Ausdruck der spezifischen deutschen Neigung zu «Angst» und dem Verlangen nach einem «starken Staat».

Das Verlangen von Bürgern und Politikern nach strengeren («Lockdown») Regeln ist in Zeiten der akuten Krise verständlich.

Das gilt auch aus liberaler Sicht, die unter Bedingungen der Unsicherheit verschiedenste Abwägungen von Gesundheit und Freiheit zulässt.

Bedenklich ist indes das Verständnis von Freiheit als «Privileg», das in Deutschland jüngst wieder aufkam. Anlass war die Frage, ob Menschen, die geimpft und (nach medizinischen Erkenntnissen) keine akute Gefahr für andere mehr sind, auch wieder ihre persönlichen Freiheiten geniessen (etwa: reisen, sich treffen, miteinander arbeiten) dürfen.

Vielerorts wurde eingewandt, dass das nicht sein darf, solange nicht alle (die das wollen) geimpft worden sind.

Wieder könnte der Egalitarismus über den Liberalismus zu triumphieren und damit die Idee, dass Freiheit weniger ein persönliches Recht ist, sondern ein politisch zu gewährendes «Privileg». Bedenklich sind zudem möglicherweise dauerhaft bleibende Konsequenzen für die politische Gewaltenteilung im Land.

Zum einen sind akute Krisen die «Zeit der Exekutive» aus zunächst nachvollziehbaren Gründen. Für parlamentarische oder (wie in Liech-

tenstein oder der Schweiz) gar direkt demokratische Debatte und Entscheidung ist da oft keine Zeit.

In Deutschland war es deshalb die in der Verfassung nicht vorgesehene MPK (das virtuelle Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten und -innen der Bundesländer), die letztlich (mehr oder weniger verbindlich) über die Geltung von Freiheitsrechten der Bürger entschied. Bundestag und Landesparlamente mussten die dann rasch in Gesetze und Verordnungen umsetzen, ohne zuvor beteiligt worden zu sein.

Auch im Ausnahmezustand schaden

diese Verfahren oft der Rationalität und Verhältnismässigkeit der Massnahmen. Erst kürzlich musste die in der Nacht beschlossene «Osterruhe» von der Bundeskanzlerin als unpraktikabel wieder zurückgenommen werden; andere Verordnungen wurden von Gerichten nachträglich kassiert.

Zum anderen könnte die Coronakrise auch den deutschen Föderalismus beschädigt haben. Politik, Medien, aber auch ein Grossteil der Bürger sind immer schnell dabei, sich über den «Flickenteppich» unterschiedlicher Massnahmen in



Über den Autor



Prof. Dr. Michael Wohlgemut ist Forschungsbeauftragter der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik (Eschen). Er ist Volkswirt und unterrichtet politische Ökonomie u. a. an der Universität Witten/Herdecke und am CEVRO in Prag.

IWF stellt der Schweiz ein gutes Zeugnis aus

Ausblick Die Schweiz hat die Covid-19-Pandemie laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bisher gut gemeistert.

Für 2021 rechnet der IWF in der Schweiz mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent und 2022 von 2,8 Prozent. 2020 schrumpfte die Schweizer Wirtschaft um 2,9 Prozent und damit weniger stark als andere Volkswirtschaften in Europa, wie der IWF in seinem Jahresbericht festhält. Abfedernd wirkten demnach etwa die solide Ausgangslage öffentlicher und privater Haushalte, die wettbewerbsfähigen Exportindustrien (etwa Pharma, Chemie) und der grosse und gut kapitalisierte Finanzsektor. Die Reaktion der Politik auf die Pandemie sei «früh, stark und nachhaltig» erfolgt. Die Behörden hätten schnell Notmassnahmen im Umfang von mehr als 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Haushalte und Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Unsicherheiten bleiben bestehen

Die Unsicherheiten blieben jedoch hoch, dominiert von der Dynamik der Pandemie. Wie schnell geimpft werde und wie sich die dritte Welle entwickle, spiele eine Rolle. So oder so werde die Krise wahrscheinlich «Narbeneffekte» haben - Auswirkungen, die auch lange nach der

Pandemie noch sichtbar sein werden. Das insbesondere in Sektoren, in denen sich die Nachfrage möglicherweise langsamer erhole (beispielsweise die Gastro- oder Veranstaltungsbranche).

Obwohl die Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Insolvenzen nicht stark angestiegen seien, könne sich das ändern, wenn die Unterstützungsmassnahmen des Bundes (siehe Artikel unten) aufgehoben würden. Dass die Massnahmen 2021 fortgeführt würden, sei richtig. Eine stärkere Koordination zwischen Bund und Kantonen könne jedoch zu effizienteren Lösungen führen.

Expansive Geldpolitik weiterführen

Die Reaktionen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der Finanzaufsichtsbehörde Finma hätten zur Aufrechterhaltung der Liquidität von Franken und Dollar sowie der Bankkredite beigetragen. Mit Blick auf die weiterhin gedämpften Inflationsaussichten empfiehlt der IWF zudem, die expansive Geldpolitik weiterzuführen.

Der IWF empfiehlt der Schweiz zudem, die Preisentwicklung bei den Immobilien weiter zu beobachten, die Risikokontrollen und -puffer der Finanzmarktteilnehmer zu überwachen und bei Bedarf frühzeitig Massnahmen zu ergreifen.

Die Delegation des IWF hat das diesjährige Länderexamen vom 17. März bis am 7. April via Videokonferenz durchgeführt. (sda)

Im Pandemiejahr in der Schweiz

2020 weniger Konkurse und Betreibungen

ZÜRICH Es klingt paradox: Ausgerechnet 2020, im Jahr der grössten Wirtschaftskrise seit den 1970er-Jahren, haben Firmenkurse und Betreibungen in der Schweiz deutlich abgenommen. Doch die Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen, denn die Massnahmen des Bundes zur Verhinderung von Konkursen zeigten Wirkung.

Die Zahl der eröffneten Firmen- und Privatkonkursverfahren ging vergangenes Jahr in der gesamten Schweiz um 6,6 Prozent zurück, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Mittwoch mitteilte. Zum Vergleich: 2019 wurden rund 13 800 Insolvenzen registriert, 2020 waren es nur noch 12 900. Dabei wurden in allen Regionen der Schweiz weniger Konkursverfahren eröffnet als im Vorjahr, die Zahl des Rückgangs schwankte aber je nach Region stark.

Am schwächsten war der Rückgang mit 2,8 Prozent in der Nordwestschweiz. Am stärksten gingen die Konkursöffnungen mit 15,9 Prozent im Tessin zurück. Auf kantonaler Ebene zeigten sich mit rund einem Viertel weniger Konkursöffnungen in Glarus und Graubünden die stärksten Abnahmen.

Lediglich in vier Kantonen nahmen die Konkursöffnungen zu: In Schwyz (+13), Luzern (+32), Obwalden (+15) und Uri (+3). Ausserdem gab es im Halbkanton Basel-Stadt genau eine Konkursöffnung mehr als im Vorjahr.

Noch stärker als die Konkurse gingen laut der Mitteilung die Betreibungen

zurück. 2019 wurden noch knapp 3,1 Millionen Zahlungsbefehle ausgestellt, im vergangenen Jahr waren es nur noch knapp 2,7 Millionen. Auch die Betreibungen auf Pfandverwertung gingen deutlich zurück.

Dass die Konkurse im vergangenen Jahr wegen der Coronakrise und deren verheerenden Auswirkungen auf die Firmenlandschaft in der Schweiz nicht mehr zugenommen haben, erklären die Statistiker vom BFS mit den Massnahmen des Bundes zur Verhinderung von Konkursen: Einerseits habe der Bundesrat die Unternehmen sehr früh von der Pflicht der Überschuldungsanzeige befreit. Als zweite Massnahme führte der Bund eine «Covid-19-Stundung» für KMU ein. Zudem hat der Bund mit der Härtefallklausel Unternehmen finanziell unter die Arme gegriffen.

Im März steigen Konkurse

Einen ersten Hinweis darauf, wie die Entwicklung weitergeht, dürfte die aktuelle Auswertung des Informationsdienstleisters CRIF liefern: Laut einer ebenfalls am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung nahmen die Firmenkurse im März 2021 schweizweit erstmals seit Beginn der Krise wieder zu. Und zwar um 16,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im März hätten 688 Firmen Konkurs angemeldet, im Vorjahr waren es noch 592. Gegenüber dem Vormonat Februar stieg die Anzahl der Konkursöffnungen sogar um über ein Drittel. (sda)

Dieses Ungeheuer hat Thomas Hobbes zum Titel seiner Schrift «Leviathan» (1651) angeregt, in der er die Allmacht des Staates mit der Unbezwingbarkeit des biblischen Ungeheuers vergleicht. (Illustration: Shutterstock/Tally)



Ländern und Kommunen zu beschweren. Tatsächlich ist hier einiges oft verwirrend.

Grundsätzlich war es aber richtig, auf unterschiedliche Situationen auch unterschiedlich - eben jeweils verhältnismässig zu reagieren. Auch ist Vielfalt eine adäquate Reaktion auf Unsicherheit: Man kann besser aus den unterschiedlichen Lösungsansätzen lernen.

Gleichwohl ist zu erwarten, dass als psychologisch-politische Langfristfolge der Pandemie die Macht der zentralen Exekutive, die sich um alle Nöte der Bürger «kümmern» soll,

einen ähnlichen Sprung gemacht haben wird wie die fiskalische Staatsquote und dass beide kaum mehr auf das Vor-Krisen-Niveau zurückgehen werden.

Gerade in Deutschland gehört die Kombination von Zukunftsangst und Untertanengeist zum Erbe des «preussischen» Geistes, der länger zurückreicht als die Sektsteuer.

Neue Kraft für «Leviathan»

Auch nach der Bewältigung der Pandemie stehen Krisen an, aus denen der «Leviathan» neue Kraft schöpfen könnte. Die Klimakrise

wäre gerade in Deutschland ein sicherer Kandidat. Viele Aktivisten fordern schon jetzt, die neu entdeckten Möglichkeiten des Ausnahmezustands und der Lockerung der Schuldenbremse nunmehr konsequent für den Klimaschutz zu nutzen. Aus liberaler Sicht verheisst das nicht Gutes.

ANZEIGE



ANZEIGE

Exzellentes Banking mit ausgezeichneter Beratung.
Seit Generationen.

 Liechtensteinische Landesbank¹⁸⁶¹
Tradition trifft Innovation.